

Unsere Solidarität: Mobilisierung für die Friedensdemo 8. Oktober 2016 in Berlin

¡VIVA
FIDEL!
90



Die Waffen nieder! Kooperation statt NATO-Konfrontation Abrüstung statt Sozialabbau

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße.

Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden. Die Politik muss dem Rechnung tragen.

Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.

Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl. Damit Menschen nicht fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen. Die Bundesregierung muss an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten.

Die Menschen brauchen weltweit Gerechtigkeit. Deshalb lehnen wir neoliberale Freihandelszonen wie TTIP, CETA, ökologischen Raubbau und die Vernichtung von Lebensgrundlagen ab.

Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten **Raketenabwehrschirm** - begleitet von verbaler Aufrüstung - an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die Modernisierung genannte Aufrüstung der US-Atomwaffen die **Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg. Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland.**

Wir verlangen von der Bundesregierung den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen, die drastische Reduzierung des Rüstungsetats, den Stopp der Rüstungsexporte und die Ächtung von Kampfdrohnen, keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands. Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen. Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. **Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit.**

DIE KARLSRUHER MACHTFRAGE

Welche Gruppe kümmert sich um die gemeinsame Reise nach Berlin?



Hier zur Info die Mahnwache zum Hiroshima-Tag in Karlsruhe in BNN

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | KARLSRUHE | 08.08.2016 | Seite 24

Das Friedensbündnis will Atomwaffen abschaffen

Eine Mahnwache in der Innenstadt erinnerte am 71. Jahrestag an die Zerstörung Hiroshimas durch die USA

nin. An der Kreuzung von Wald- und Kaiserstraße steht ein Grüppchen aus Männern und Frauen mit zwei großen Transparenten in den Händen. „6. August 1945 Hiroshima“ steht darauf, und „Atomwaffen abschaffen!“

Sonnhild Thiel ist gerade noch dabei, einer Kollegin die Schilder umzubinden, die alle Teilnehmer auf Vorder- und Rückseite ihres Oberkörpers tragen. „Atomwaffenfrei – jetzt“ sagt es. „Im März 2010 wurde die Bundesregierung in einem überparteilichen Beschluss des Bundestages aufgefordert, auf den Abzug aller US-Atomwaffen hinzuwirken, die in Büchel in der Pfalz stationiert sind. Das ist bis heute nicht geschehen!“ Sonnhild Thiel engagiert sich seit vielen Jahren für eine atomwaffenfreie Welt. Zusammen mit dem Friedensbündnis Karlsruhe verteilt sie Flugblätter, erinnert an den Atombombenabwurf von 1945, bei dem direkt und an den Folgen 140 000 Menschen starben.



NIEMALS VERGESSEN: Dass vor 71 Jahren US-Flugzeuge Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abwarfen, bleibt ewig eine Warnung vor allen Kriegstreibern. Foto: Artis

Auch sammelt sie Unterschriften für eine nukleare Abrüstung. „Ich bin Pazifistin und total gegen Waffen. Sogar, wenn ich als Kind Hane von meinen Brüdern bekam, hielt ich nur die Hände über den Kopf. Gewehrt habe ich mich nicht“, sagt die 75-jährige Aktivistin. Trotz oder gerade wegen dieser gewaltfreien Strategie hatte sie in ihrem Berufsleben als Sozialarbeiterin in einem Brennpunktviertel von Pforzheim nie Schwierigkeiten, wie sie betont. „Ich sage immer: Gewalt hat keine Zukunft!“ Die meisten Friedensaktivisten in der Fußgängerzone sind etwa in ihrem Alter. Jüngere Leute seien auch für diese Sache aktiv, aber anders, so Thiel. Sie kämen mal vorbei, seien dann aber auch schnell

wieder weg. „Früher, als die Wehrpflicht noch nicht abgeschafft war, sind mehr junge Leute zu uns gekommen und haben sich zum Thema Kriegsdienstverweigerung beraten lassen“, berichtet sie. „Aber das Ziel unserer Arbeit ist sowieso, dass wir irgendwann überflüssig werden“, merkt sie an.

Das sieht auch ihr Mitstreiter Dietrich Schulze so. Der ehemalige Nuklearphysiker arbeitete im Kernforschungszentrum des KIT und war dort mit seiner ablehnenden Haltung stets ein unbequemer Exot. „Das ist eben das Wesen der Demokratie, man muss sie nutzen“, lacht der Wissenschaftler. Dabei war der 78-Jährige nicht immer ein Atomgegner, aber mit dem so genannten „Schnellen Brüder“, der die Energie durch die Spaltung von Plutonium-Atomkernen gewinnt, ist er es geworden. Auch er verteilt Flugblätter, spricht mit den Passanten, freut sich auf den 1. September, wenn OB Frank Mentrup bei den Schlosslichtspielen zum Antikriegstag sprechen wolle. „Auch, wenn wir heute wenig sind: Es ist notwendig, stabil zu bleiben und die Hoffnung nicht aufzugeben, dass sich doch etwas ändert“, findet Dietrich Schulze.

Hier die Debatte um den Stolperstein des Verfolgten Christian Nussbaum in BNN mit Leserbrief vom 13.08.16

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | LESERBRIEFE | 13.08.2016 | Seite 30 | Bezug BNN 10.08.2016

Im Zweifel für den Verfolgten Die BNN schildern akribisch den Stolperstein für einen von den Nazis verfolgten SPD-Politiker. Dessen Tod erfolgte in Haft und unter Heilbehandlung – nicht in Freiheit. Allein dieser Fakt verbietet es, von „entschlafen“ zu sprechen. Die Begriffe „gestorben“ oder „ermordet“ sind – unvoreingenommen betrachtet – mögliche Varianten. Wer allerdings kann die doppelten seelischen Qualen von Christian Nussbaum ermessen? Im Zweifel für den Verfolgten. Das bedeutet, der Stein sollte nicht geändert werden. Es werden bestimmt noch weitere fähige Historiker über diesen „Stein stolpern.“ Das denkt der Karlsruher Angehörige eines kommunistischen Widerstandskämpfers. Dr. Dietrich Schulze Karlsruhe-Südstadt

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | SÜDWESTTECHO | 10.08.2016 | Seite 10

Ermordet? Oder entschlafen?

Ein Stolperstein für Christian Nussbaum beleuchtet in Karlsruhe ein fragwürdiges Geschichtsverständnis

Der Name des Landtagsabgeordneten Christian Nussbaum ist in der badischen Geschichte mehr als eine Fußnote. Der SPD-Politiker erschoss am 17. März 1933 zwei Polizisten, die frühmorgens gewaltsam in seine Freiburger Wohnung eindringen, um sie zu durchsuchen. Die Bluttat diente Badens gerade eingesetztem Gauleiter Robert Wagner als Vorwand, gegen das „marxistische Verbrechen“ nun noch entschlossener vorzugehen: wenige Stunden nach dem Vorfall ließ er alle kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten im Land verhaften und Zeitungen verbieten. „Nussbaums Tat war für Baden das, was der **Reichstagsbrand** für das Reich bedeutete“, sagt der Heidelberger Historiker Frank Engehausen: die Initialzündung für ein gewalttätiges Vorgehen der Nationalsozialisten gegen die parlamentarische Ordnung.

An Christian Nussbaum, mit einer Jüdin verheiratet, erinnern heute einige jener Stolpersteine, wie sie der Künstler Gunter Demnig seit 1992 verlegt, um mit den ins Pflaster eingelassenen Platten an Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern. Irritierend allerdings: Während Christian Nussbaum laut einschlägiger Geschichtsforschung 1939 eines natürlichen Todes starb, notiert der Stein in Karlsruhe: „ermordet“. Wie das?

Bei der **Karlsruher „Initiative Stolpersteine“** zuckt man mit den Schultern, zuständig für die Stolpersteine vor dem Karlsruher Ständehaus sei der Verein „Gegen Vergessen – Für die Demokratie“. Der Verein habe das Verlegen der Steine betrieben und die Texte direkt mit dem Kölner Künstler abgesprochen. Die Historikerin Andrea Hoffend war seinerzeit verantwortlich für die Aktion, vor dem Ständehaus an die in der NS-Zeit verfolgten Abgeordnete des badischen Parlaments zu erinnern. Sie verweist darauf, dass die Betextung dezentral erfolgt sei, an den Herkunftsorten der Abgeordneten. Verantwortlich für den Text über Nussbaum war wiederum der Freiburger Andreas Meckel, der wiederum ein Problem um die unkorrekte Beschriftung nicht erkennen kann. „Mord“, so schreibt er in einer Mail an die BNN, „ist das einzig zutreffende Wort für das, was Christian Daniel Nussbaum angetan wurde.“ Völlig gegen seinen Willen von Handlangern des verbrecherischen NS-Regimes festgehalten, sei er nicht einfach gestorben. „Vielmehr sind die Kriterien Heimtücke und Grausamkeit für Mord erfüllt.“ Nach Meckels Ansicht auch dann, wenn es gar keinen Mord im strafrechtlichen Sinne gab ...



Dass ausgerechnet Nussbaum in Karlsruhe als „von den Nationalsozialisten ermordet“ dargestellt wird, hat eine pikante Note. Denn die braunen Machthaber hätten sich nichts sehnlicher gewünscht, als den Todesschützen hinzurichten. Doch das gelang ihnen nicht. Nach der Bluttat war Christian Nussbaum zunächst in Haft gekommen, doch ließ der Gefängnisdirektor schnell wissen: „Den können wir nicht gebrauchen.“ Der Grund: Christian Nussbaum galt schon länger als psychisch schwer krank. In Freiburg war der frühere Abgeordnete wiederholt auffällig geworden. Nussbaum wurde daher ins Psychiatrische Krankenhaus Wiesloch eingeliefert. Und trotz energischer Versuche von Seiten der nationalsozialistischen Parteileitung, den Todesschützen mit aller Härte zu strafen, ging das Verfahren nicht voran. Sogar NS-Justizminister Johannes Rupp weigerte sich, die von Robert Wagner vehement geforderte Todesstrafe für den Kranken umzusetzen. Diese Weigerung kostete ihm – gerade erst auf den Posten gelangt – sogar das Ministeramt. Aber Wagner konnte sich auch weiter nicht durchsetzen: Im darauf folgenden November erklärte das Landgericht Freiburg, Nussbaum sei nicht straffähig wegen einer Erkrankung an Progressiver Paralyse, volkstümlich auch Hirnerweichung genannt. Sie war Folge einer Syphilis, die sich Nussbaum als Soldat im Ersten Weltkrieg zugezogen hatte.

„Die Krankenakten der Psychiatrie Wiesloch weisen recht genau aus, dass Nussbaumer nach den Regeln der damaligen Kunst gepflegt wurde“, sagt Frank Engehausen, Professor an der Universität Heidelberg. Die Krankenberichte sind lang, sorgfältig sind die verordneten Medikamente protokolliert. „Hinweise auf eine Ermordung gibt es nicht“, sagt er. Auch die einschlägige Literatur meldet „gestorben.“ Und sogar der Wikipedia-Eintrag von Nussbaum weicht davon nicht ab – ist aber mit dem Stolperstein illustriert, auf dem „ermordet“ steht.

Wenn die Sachlage so klar ist, sagt die Historikerin Andrea Hoffend, müsse der Stein natürlich ausgetauscht werden. Allerdings ist dafür letztendlich der Kölner Künstler zuständig, der für die Stolpersteine klare Regeln aufgestellt hat. Und überdies muss auch der Pate des Steins gehört werden, und das ist der in der Erinnerungskultur stark engagierte Freiburger Andreas Meckel. Doch der lässt sich seine Überzeugung so leicht nicht nehmen – auch nicht von Forschungen der Historiker. Er schreibt: „Sind wir es dem Andenken von Christian Nussbaum nicht schuldig, mitfühlend zu benennen, was der Tod eines einundfünfzigjährigen Mannes nach sechs Jahren Qual wirklich war, nämlich Mord?“

Klaus Gaßner

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten



INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN

13. August 2016

Reiner Braun Hr.Braun@gmx.net

Dietrich Schulze Dietrich.Schulze@gmx.de

Zivilklausel **oder** Militärforschung

Dokumentation mit Schwerpunkt Web-Berichte

<http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

Hier findet sich die inhaltsgleiche html-Version

<http://www.stattweb.de/zivilklausel.html>

| | |
|----------|---|
| 13.08.16 | iFelicidades! Fidel heute 90, der einzige lebende Revolutionär ■ Granma ■ junge Welt ■ Unsere Zeit ■ SPIEGEL ■ SZ-Fotos |
| 13.08.16 | Karlsruhe Im Zweifel für den Verfolgten Leserbrief Dietrich Schulze zum BNN-Artikel 10.08. Ermordet? Oder entschlafen? des Historikers Klaus Gaßner über den Stolperstein des Nazi-Verfolgten und SPD-Politikers Christian Daniel Nussbaum * Eintrag 08.08.16 München |
| 10.08.16 | International USA geben erste Geheimdokumente zu Diktatur in Argentinien frei Akten aus Amtszeit US-Präsident Carter veröffentlicht. Neue Details über enge Verbindung Henry Kissinger mit Diktator Videla Weg mit Kissinger-Professur an Uni Bonn |
| 10.08.16 | History Friedenssymbol-Foto Dietrich Schulze in Neue Rheinische Zeitung (pdf) über Zivilklausel-Aktive am KIT Karlsruhe, die seit 8 Jahren ein motivierendes Logo-Bild der Arbeiterfotografie in Dokumente setzen. * KIT Online * By the way: Google News „Zivilklausel“ meldet 11.08. 50 % der TOPTen von DS in NRhZ # 1,2,6,9,10. Soll das ein Selbstlob sein? Claro. |
| 06.08.16 | Hiroshima-Tag 2016 Anzeigen zum Aufruf Taten statt leerer Worte: Abzug statt Aufrüstung der Atomwaffen! In taz am 6.8. und in Süddeutsche am 5.8. Hier die Liste aller 503 Unterstützer * Mahnwache Karlsruhe 300 Flyer-1 und 100 Flyer-2 KA verteilt * Bericht darüber Badische Neueste Nachrichten 08.08.16 (Foto) |
| 20.07.16 | Sumpflandschaft Zivilklausel-Bewegung? Dietrich Schulze in Neue Rheinische Zeitung (pdf) Hochschulen: Bittere Realitäten zu einer seit 2009 wachsenden Antikriegskampagne * Google News „Zivilklausel“ 3 der TOP9 von DS in NRhZ |
| 13.07.16 | Kognitive Bundeswehr „Automobile“ Dietrich Schulze in Neue Rheinische Zeitung (pdf Nachträge) über autonome Fahrzeuge und Killer-Roboter „Zwei Seiten einer Medaille“. Hauptbezug Karlsruhe »Testregion autonomes Fahren« KIT und FhG IOSB * Als Gastbeitrag bei killer-roboter-stoppen.de erschienen * KIT-Online * Dallas Hilfscop-Robi BNN 11.07. USA zeigen wo's lang geht * Google „Zivilklausel“ #1&7 von TOP9 DS in NRhZ |

Faltblatt anlässlich des Geburtstag am 13. August 2016 **iFelicidades!** mit aktuellen Bezügen zu Karlsruhe

Kontakt: Dr. Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de Sprecher Initiative gegen Militärforschung an Universitäten